

Der Vollzugsdienst

2/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zankapfel und Dauerbrenner:
Problematik des
Länderfinanzausgleichs**

Bayern und Hessen rufen das
Bundesverfassungsgericht an

Seite 13

**Berlin will das
Tarifergebnis nicht auf die
Beamten übertragen**

Heftige Kritik an der Totalver-
weigerung des Senates

Seite 25

**Frauen im Justizvollzug (JVA Halle):
„Wir stehen unseren Mann!“
Frauenanteil liegt bei 30 Prozent**

Weibliche Bedienstete im Männer-
vollzug sind heutzutage Normalität

Seite 76

**Der BSBD – immer am Ball –
hoch engagiert und gut sichtbar**



Hamburg Seite 34



Saarland Seite 68



Schleswig-Holstein Seite 79

Fachteil: Urlaubsabgeltung für Beamte

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 „Das Maß ist voll!“
BSBD-Interview mit dem
BSJ-Ehrenvorsitzenden
Helmut Bettscheider
- 4 Petra Gerken-Wolf: „Das lange
Warten hat sich gelohnt!“
- 5 Immer mehr Frauen entdecken
dbb Gewerkschaften für sich


LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 51 Nordrhein-Westfalen
- 65 Rheinland-Pfalz
- 67 Saarland
- 71 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein

FACHTEIL

- 83 Entscheidung des
Bundesverwaltungsgerichts
zur Urlaubsabgeltung
für Beamte
- 89 Versorgung nach Teilzeit und
Beurlaubung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikobke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Axel Schaumburger macht deutlich:

Lange überfällige Verbesserungen sind endlich vorzunehmen

dbb-Landesleitung aktiv für den Justizvollzug – Großdemos zeigen Wirkung bei den öffentlichen Arbeitgebern

Die dbb-Landesleitung verstärkt ihre Aktivitäten, um die Ungerechtigkeit durch die Festlegung der Landesregierung zur Erhöhung der Beamtensoldung auf je 1 Prozent für 5 Jahre zu bekämpfen und zu verhindern. Im Rahmen der nun abgeschlossenen Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst des Landes, wird klar gefordert, das Tarifergebnis inhalts- und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Landes zu übertragen.

Im Rahmen der Tarifrunde zeigte der **dbb Flagge** durch die Demo am Mainzer Hauptbahnhof am 25. Januar 2013 und die Großdemo am 4. März 2013 vor dem Landtag. Das Ergebnis vom 9. März 2013 mit 5,6 Prozent Steigerung der Gehälter der Beschäftigten der Länder und 30 Tagen Urlaub für alle, zeigt, dass unsere Geschlossenheit und Entschlossenheit mit der mehrfachen Präsenz unserer Mitglieder bei Protestaktionen, ihren Zweck erreicht haben und einen massiven Eindruck bei den öffentlichen Arbeitgebern hinterlassen haben.

Gerechte Teilhabe der Beamtinnen und Beamte an der wirtschaftlichen Entwicklung wird gefordert

Nun gilt es das Tarifergebnis auch für die Landesbeamtinnen und Beamten zu erstreiten, durch die vom **dbb** angekündigten Klagen einzelner Mitglieder vor den Verwaltungsgerichten. Der **dbb** ist hierzu fest entschlossen. Andere Gewerkschaften ziehen langsam nach und folgen unserer Richtung! Eine gerechte Teilhabe der Beamtinnen und Beamte in RLP an der wirtschaftlichen Entwicklung ist notwendig und richtig.

Auch bei dem Treffen der **dbb-Landesleitung** mit der Ministerpräsidentin **Malu Dreyer**, am 15. Januar 2013 in der Staatskanzlei in Mainz wurde eine Nachbesserung zu dem Besoldungsgesetz gefordert. Die Antwort der Ministerpräsidentin, dass jedes Prozent an weiterer Erhöhung der Besoldung durch weitere

Personaleinsparungen „gegenfinanziert“ werden müssten, löste den klaren Widerspruch der **dbb Landesvorsitzenden Lilli Lenz** aus, die die Ansprüche der Beamtinnen und Beamten auf angemessene Besoldung und Versorgung verteidigte.

„Die Beamtenversorgung ist keine Versorgungslast“

Zudem sei es falsch bei der Beamtenversorgung von „Versorgungslasten“ zu sprechen, da sich die Bediensteten ihre Ansprüche verdienen würden, weshalb man richtigerweise von Beamtenversorgungsansprüchen sprechen muss und nicht von „Lasten“! **Axel Schaumburger** machte jedenfalls deutlich, dass es für die überwiegend im mittleren und gehobenen Dienst arbeitenden Justizvollzugsbediensteten lange überfällig sei deutliche Verbesserungen vorzunehmen.

Dies erkannte die Ministerpräsidentin an und machte deutlich, dass es sich bei den Justizvollzugsbediensteten um einen benachteiligten Personalbereich handelt, für den man etwas tun müsse. Bei der Anhörung des **dbb** vor dem Mainzer Landtag am 21. Februar 2013 wurde deutlich gemacht, unter Bezugnahme auf die



Axel Schaumburger.

umfassende Stellungnahme des **dbb** zu dem Besoldungsgesetz, dass für die Beamten allgemein, aber auch für bestimmte Laufbahnen, wie etwa dem Justizvollzugsdienst deutliche Verbesserungen notwendig sind.

Insbesondere ein Nachteilsausgleich für die rechtlich oder faktisch von der Fortbildungsqualifizierung ausgeschlossenen Bediensteten im Bereich der Justiz wurde eingefordert. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung die Durchlässigkeit der (früheren) Laufbahngruppen durch die Laufbahnreform fest-

schreibt, aber die Bediensteten der Justiz und des Justizvollzuges fast gänzlich außen vor bleiben.

Hier muss etwas geschehen. Der **dbb** hat eine eigene Laufbahnverordnung für diesen benachteiligten Bereich gefordert, der durch das Justizministerium abgelehnt worden war.

Hartnäckigkeit führt zum Erfolg

Wir halten an dieser Forderung fest. Ist es – wie sich nun an der faktisch weitgehenden Undurchführbarkeit der FQS zeigt – doch der einzige Weg auch den Bediensteten im Justizvollzug eine berufliche Perspektive zu bieten, die denen anderer Bereiche im öffentlichen Dienst nahe kommt. Wir bleiben hier hart an der Sache dran, denn Hartnäckigkeit führt zum Erfolg.

Dank an die Wählerinnen und Wähler

Wir bedanken uns bei den Wählerinnen und Wählern, die bei den zurückliegenden Wahlen zu den örtlichen Personalräten und dem Hauptpersonalrat, mit großer Mehrheit die **Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD)** unter dem Dach des **dbb-Rheinland-Pfalz** gewählt haben. Ein großer Erfolg, der die beständige und gute Arbeit unserer Personalräte stärkt.

Axel Schaumburger

Fit für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet schulten sich in der vierten Februarwoche in der **dbb akademie** in Königswinter. In dem dreitägigen **BSBD-Seminar** wurden Grundlagen der journalistischen Darstellungsformen theoretisch vermittelt und praktisch geübt.



dbb
akademie

Die Dozenten **Michael Schulz**, langjähriger Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Gewerkschaft der Sozialversicherung (**GdS**) und **Winfried Conrad**, **BSBD Bundesseminarleitungsteam** sowie **BSBD Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz**, motivierten und gestalteten in Zusammenarbeit mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine kreative Weiterbildung. Die Inhalte und Workshops waren so interessant, dass im Resümee der Veranstaltung eine weitere Vertiefung der Thematik von den Teilnehmern erwünscht wurde.

Klemens Heinzenburger, Seminarleiter

„Die Bediensteten im Justizvollzug haben die Schnauze voll“

Gewerkschaft Strafvollzug fordert höhere Bezüge und ehrte seine langjährigen Mitglieder

Im Zweibrücker Justizvollzug herrsche eine angespannte Stimmung. Das sagte der Vorsitzende des Zweibrücker Ortsverbandes des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) Robert Grünngel bei der Jahreshauptversammlung im Gewölbekeller der Justizvollzugsanstalt. Bis zu 30 Prozent Einkommensrückstand der Justizvollzugsbediensteten gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung seit 2000 seien nicht mehr zu ertragen und durch nichts zu rechtfertigen.

Während andere Branchen deutliche Einkommenszuwächse verzeichneten hätten Bund und Land bei den Justizvollzugsbeamten in den letzten zwölf Jahren kräftig gekürzt. So liste der **Deutsche Beamtenbund Rheinland-Pfalz** alleine über 60 Einzelkürzungen bei der Beamtenbesoldung innerhalb der letzten 15 Jahre auf. Die Zweibrücker Justizvollzugsbediensteten fühlten sich davon besonders betroffen – aufgrund ihres gefährlichen Dienstes für die Allgemeinheit, den Schichtdienst rund um die Uhr bei besonderer Gefahr für Leib und Leben.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes **Axel Schaumburger** sieht durch das Besoldungsgesetz mit jeweils nur noch einem Prozent Besoldungserhöhung in den nächsten fünf Jahren sogar ein rechtswidriges Verhalten der Landesregierung. **Schaumburger** wies auf die Musterklagen bei den Verwaltungsgerichten hin die der Beamtenbund 2013 anstrengen wird um den Beamten eine gerechte Teilhabe an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung zu erstreiten.

Die Justizvollzugsbediensteten haben es mit der gefährlichsten und schwierigsten Klientel zu tun, bei denen alle Institutionen zuvor versagt haben. Und der Vollzug soll es wieder richten sagte **BSBD-Landesvorsitzender Winfried Conrad**. „Aus diesem Grund haben sie mindestens die Teilnahme an der durch-



Ein Teil der geehrten Jubilare zusammen mit Axel Schaumburger (links). Robert Grünngel (Zweiter von rechts) und Winfried Conrad (rechts).
Foto: Steinmetz

schnittlichen Lohnentwicklung mehr als verdient“.

Conrad forderte eine deutliche Besoldungserhöhung um Teile des Einkommensrückstandes wett machen zu können. Angesichts des Mitte 2013 in Kraft tretenden Landesjustizvollzugsgesetzes verlangte er mehr Personal einzustellen statt wie beschlossen – Personal abzubauen. Die künftigen zusätzlichen Aufgaben müssten ja bewältigt werden. Zudem wolle die Landesregierung die Arbeitspflicht für Strafgefangene abschaffen, was Einbußen von mehreren Millionen Euro im Jahr bedeuten würde. Gleichzeitig sage man den Beamten man habe kein Geld um sie an der allgemeinen wirt-

schaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen und kürze die Bezüge und Versorgung. **Conrad**: „Das ist eine Schande.“ Die Zweibrücker Vollzugsbediensteten haben die Schnauze voll und fordern Gerechtigkeit bei der Bezahlung“. So sagte es unverblümt **BSBD-Ortsverbandsvorsitzender Robert Grünngel**. Er sei gespannt auf den Führungswechsel in der JVA. Ab Mai wird der neue Anstaltsleiter aus Bayern erwartet. Bis dahin leitet der Frankenthaler Behördenchef **Klaus Schipper** auch die JVA Zweibrücken.

Für ihre langjährige Treue zur Gewerkschaft Strafvollzug wurden geehrt:

Für 55 Jahre:

Walter Frank.

Für 50 Jahre:

Heinz Hock; Odilo Jung, Ludwig Knoll, Klaus Langguth, Alfred Molter, Kurt Müller und Friedel Veith.

Für 45 Jahre:

Günter Feß, Hans Ritter, Walter Sommer und Erich Vogel.

Für 40 Jahre:

Hans-Georg Krug, Roland Roos und Karlheinz Weidler.

Für 35 Jahre:

Wolfgang Schröder.

Für 25 Jahre:

Michael Arnet, Klaus Buchholz, Michael Fuhrmann, Heinz Kupper, Brigitte Lill-Busser, Manfred Möller und Axel Schaumburger.

(jo)

Ingrid Schneider gestorben

Ingrid Schneider ehemalige **SPD-Landtagsabgeordnete** des Wahlkreises Zweibrücken hat sich über viele Jahre als Abgeordnete der **SPD** im Mainzer Landtag außerordentlich für die Belange der Justizvollzugsbediensteten verdient gemacht und den Berufsstand mit allen Ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gestützt und gefördert. So war Sie eine maßgebliche Mitstreiterin des **BSBD**, bei der Einführung des Eingangsamtes A 7 im damaligen mittleren Justizvollzugsdienst (heute Eingangsamts II) und hat sich bei

der Erweiterung der Stellenplanobergrenzen und bei vielen anderen Gelegenheiten des Justizvollzugsdienstes in beispielloser Art und Weise für unsere Ziele eingesetzt.

Wir schätzten **Ingrid Schneider** als offene und ehrliche Politikerin, die unter gelegentlichen Misserfolgen persönlich litt, um dadurch Ihr Engagement für die Belange der Justizvollzugsbediensteten noch weiter zu verstärken.

Der Ortsverband Zweibrücken wird Ihr ein ehrendes und respektvolles Andenken, als einem guten Menschen und beispielhafter Politikerin bewahren und trauert mit Ihrer Familie, ob des allzu frühen Verlustes.